

Neueste Nachrichten

für Stadt und Kreis Merseburg

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Preis: 20 Pf. für den Vierteljahr, 70 Pf. für den halbjährigen, 120 Pf. für den jährlichen. — Einzelhefte 5 Pf. — Geschäftsdruck: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für den achtspaltenigen Raum 20 Pf., für den vierzeiligen 10 Pf., für den zweizeiligen 5 Pf., für den einzeiligen 2 Pf. — Anzeigenpreis für den vierzeiligen Raum 10 Pf., für den zweizeiligen 5 Pf., für den einzeiligen 2 Pf. — Geschäftsdruck: Kleine Ritterstr. 3.

Ar. 133 Montag den 4. Juli 1921 48. Jahrg.

Sanktionen und europäische Frage.

Die zweitägige Debatte des Deutschen Reichstags über die Sanktionen scheint erfruchtigend durch die Entwidlung weit überholt zu sein. Die letzten Nachrichten aus Frankreich lassen, äußerlich wenigstens, erkennen, daß man auch in Frankreich allmählich die Unmöglichkeit der Fortdauer dieser Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland einsehen. Die Änderungen der französischen Presse, die sich für die Aufhebung aussprechen, haben sich über Nacht gehäuft, und ein Plakat der Sanktionsabteilung im deutschen Reichstag könnte vielleicht damit rechnen, daß sie den französischen Verhandlungen eine Handhabe bot, um die Sanktionen noch einmal zu überleben. Unverkennbar dürfte es feststehen, daß der deutsche Außenminister sowie die noch als notwendig voraussetzende Genehmigung zur Wiedereröffnung der vertraulichen Gespräche zwischen dem deutschen Botschafter in London und Lord Curzon kaum erhalten haben würde, wenn man nicht in London die Übergangsgesetze hätte, daß über die Sanktionsfrage bereits in günstigen Sinne entschieden sei. Briand hat, wie jetzt bekannt wird, gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris die drei Voraussetzungen für die vorläufige Aufhebung der Sanktionen angegeben: die Wahrung der Kriegsverträge, die Wahrung der Verbindlichkeiten Deutschlands für den letzten Willen Deutschlands bei der Reparationsfrage und die vollständige Durchführung der Entwaffnung. Frankreich denke nach Ausführung dieser Bedingungen nicht daran, die Sanktionen zu verlängern, so sagte der französische Ministerpräsident ausdrücklich hinzu. Man wird nicht anheben, zu erklären, daß man mit dieser Entwidlung in Deutschland durchaus befreit ist, über auch diesbezüglich des Reiches eine Bewegung stellt; doch die französische Regierung auch nach ihren Worten handelt. Es liegt fest, daß der Sachverhalt des letzten Briefens in Genoa zwischen dem schweizerischen Bundesrat und dem französischen Außenminister, der die Sanktionen aufheben sollte, nicht ohne Bedeutung ist, so haben wir Frankreich einen bedeutenden Schritt zur Wiederherstellung eines anderen normalen Zustandes im alten Weltteil gemacht. Gerade die Sanktionen waren es, an denen sich dieses und jenseits der Vogesen Chauvinismus und Nationalismus gegenseitig aufbauten. Auch diese Gefahr für den kommenden Frieden wird an Schärfe verloren haben, wenn die Sanktionen gefallen sind. Deutschland wird es an sich nicht fehlen lassen, was seine dazu zu tun. Der Beweis dafür liegt schon jetzt vor. Es wird an Frankreich sein, ihn auch seinerseits zu erbringen.

Der Reichskanzler erneut über Oberschlesiens Recht.

Berlin, 4. Juli. (WZ). Den Vorschlag des geltenden in ganz Deutschland sequenzen dürfte sich für Deutschland bilden eine große Versammlung in der Billharmonie, zu der der Reichskanzler, der Reichspräsident, Minister des Innern Dr. Brüning und zahlreiche Spitzen der Behörden und Gesellschaft erschienen waren. Nach mühseligen und zeitweiser Diskussionen erließ Reichskanzler Brüning am 3. Juli die folgenden Ausführungen: „Der Reichskanzler hat die Ehre, Ihnen heute die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Vertretern der polnischen Regierung mitzuteilen. Die Verhandlungen haben sich in der Hauptsache um die Frage der Abgrenzung des Oberschlesiens im Jahre 1921, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags herbeigeführt wurde, und um die Frage der Abgrenzung des Oberschlesiens im Jahre 1921, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags herbeigeführt wurde. Die Verhandlungen haben sich in der Hauptsache um die Frage der Abgrenzung des Oberschlesiens im Jahre 1921, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags herbeigeführt wurde, und um die Frage der Abgrenzung des Oberschlesiens im Jahre 1921, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags herbeigeführt wurde.“

Vorbereitung eines neuen polnischen Aufstandes.

Warschau, 4. Juli. Die vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften haben der Interalliierten Kommission eine Erklärung zum Entschluß abgegeben, die am 1. Juli übermittelte, in der es u. a. heißt: „Die in deutscher und polnischer Sprache abgedruckte 'Polnische Briefe' enthält schon heute den neuen Aufstand. Wir betrachten die Behauptung des Aufstandes als eine Sache der neuen polnischen Regierung, die sich nicht durch die polnische Regierung unter der Ägide der Interalliierten Kommission rechtfertigen lassen.“

Wiederherstellung und deutsche Selbstständigkeit.

Der Standpunkt des Garantienkomitees. Aus dem besetzten Gebiet, 2. Juli. Die Garantienkommission hatte bei ihrer Reise nach Paris eine Konferenz mit der Oberkommission der Befehlshaber, bei der auch die Frage der Sanktionen behandelt wurde. Die Beschlüsse des französischen Vertreters stellten sich der Ansicht auf, den Standpunkt, daß die Aufhebung der Sanktionen eine unabwehrbare Notwendigkeit ist, wenn Deutschland sich selbstständig stellen sollte. Die Oberkommission der Interalliierten Kommission unterstützte diese Auffassung. Nur der französische Kommissar, der Vertreter Briand, widersprach, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Sanktionen aufrechterhalten bleiben müssen, weil sonst das Schicksal Frankreichs (1) und eine weit größere Achtung in Frankreich aus Mangel käme. Die Garantienkommission wird sich heute nach Paris begeben.

Entenmittel gegen den Anschlag Bitterfeld.

Wien, 4. Juli. Aus Prag wird gemeldet: Im Auftrage für Ankeres brachte der Außenminister die Verteidigung der Konferenz von Vordr. Die Konferenz hat sich in der Hauptsache um die Frage der Abgrenzung des Oberschlesiens im Jahre 1921, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags herbeigeführt wurde, und um die Frage der Abgrenzung des Oberschlesiens im Jahre 1921, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags herbeigeführt wurde.“

Polnische Ortswehren in Oberschlesien.

Oppeln, 4. Juli. Die Einrichtung der polnischen Ortswehren darf als nahezu abgeschlossen gelten. Die Mitarbeiter verfügen über eine genügende Anzahl Waffen und Munition. Die immer wieder verteidigt werden die großen Industriestädte in der Wälder der Kreis Oppeln und Weichsel, um kein Hindernis für den polnischen Aufstand bei der Hand zu sein. Die Einrichtung der polnischen Ortswehren bedeutet die Vorbereitung der abschließenden Phase des Aufstandes. Man wird nicht fehlgehen, wenn man in der Einrichtung dieser Wehren den Übergang zu Kampf und Widerstand gegen die Interalliierten Kommission sieht.

Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorläufig die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt, die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt, die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt.

Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorläufig die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt, die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt, die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt. Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorläufig die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt, die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt, die Weisung des Reichskanzlers nicht befolgt.

Verhandlungen mit der Rheinlandkommission.

Brüssel, 4. Juli. (WZ). Über die Verhandlungen der Rheinlandkommission für die letzten Verhandlungen haben in diesen Tagen in Brüssel zwischen dem Kommissar der Interalliierten Rheinlandkommission und der Rheinlandkommission der Rheinlandkommission über die Wiederherstellung der Rheinlandkommission in Belgien Gelehrte Verhandlungen begonnen.

Reparations in Mexiko bezweifelhaft.

Paris, 4. Juli. (WZ). Die mexicanische Delegation in Paris hat ein Schreiben erhalten, nach dem eine neue Resolution für den 15. Juli über die Zahlung des Generals Maguila sich vorbereitete, die von allen Oppositionsparteien unterstützt werden soll. General Dregan, der mexicanische Vertreter der Reparationskommission, hat die Resolution zurückgelehnt und alle Kräfte zu begreifen.

Rechtigkeit des Marktzwecks.

Paris, 4. Juli. Zur ersten Ablehnung auf die neue Note der Garantienkommission, die man in diesem Zusammenhang hat, daß der Sturz der Weisung, der sich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hat, nicht allein von den Devisenbanken der deutschen Regierung herkommt, sondern daß sich eine ungeheure Zahl von deutschen Stellen (7) eingemischt hat. Das hiesige Gerücht hat die deutsche Regierung nicht bestärkt, mitzuteilen, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1922 nur noch 800 Millionen Goldmark zu zahlen habe. Nur die Weisung hofft man die weitere Entwertung des deutschen Geldes aufzuhalten.

Der tiefste Stand der Weichseldeutschen Wälder.

Wien, 4. Juli. (WZ). Die Weichseldeutsche Wälder hat jetzt mit 83 Centimes für die Krone der tiefsten Stand seit sehr erzieht.

Das Frankentum in Rumänien ökonomisch.

Wien, 4. Juli. (WZ). Der Zentralrat einmütig das ökonomische Frankentum der Frauen bei den Gewerkschaften an.

